

## Asylsuchenden und Flüchtlingen helfen – Modernes Einwanderungsrecht schaffen

---

Die sächsische FDP bekennt sich zu einer offenen und solidarischen Gesellschaft, die politisch und religiös Verfolgten sowie Opfern von Krieg und Vertreibung eine Zuflucht bietet. Die Gewährung von Asyl für Personen mit berechtigten Gründen ist nicht nur ein Verfassungsgrundsatz, sondern auch ein Gebot der Menschlichkeit. Die Aufnahme von Flüchtlingen in lebensgefährlichen Notlagen (Schutzbedürftigkeit) ist von der Zuwanderung mit dem Ziel eines dauerhaften Lebens in Deutschland zu unterscheiden. Beide Personengruppen müssen auch unterschiedlich betrachtet und behandelt werden.

Daher setzt die FDP auf:

- **Weltoffene Gesellschaft mit klaren Regeln.** Für politisch Verfolgte besteht in Deutschland das Grundrecht auf Asyl. Darüber hinaus genießen anerkannte Flüchtlinge unseren Schutz. Ihre gesellschaftliche Integration ist eine gemeinsame Aufgabe von Staat, Unternehmen und Bürgern. Besondere Wertschätzung verdient dabei das ehrenamtliche Engagement zur Betreuung und Bildung von Asylbewerbern und Flüchtlingen. Wir müssen dafür sorgen, dass durch Information, Dialog und persönliche Begegnungen auf beiden Seiten das gegenseitige Verständnis und Wissen verbessert wird. Dies erfordert einerseits eine gesellschaftliche Offenheit, aber auch das Einhalten von rechtlichen Regeln und Normen für ein gutes Zusammenleben in Deutschland.
  - **Eine ehrliche, offene und vorurteilsfreie Debatte über alle Aspekte von Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik.** Bürgerinnen und Bürger, die Ängste und Bedenken äußern, dürfen in der öffentlichen Diskussion nicht pauschal in die rechte Ecke gedrängt werden. Dialog heißt, andere Meinungen auf dem Boden unserer Verfassung zu akzeptieren und sie nicht zu stigmatisieren. Eine Polarisierung trägt nicht zur Lösung von Konflikten bei und hilft am allerwenigsten den Betroffenen und Hilfesuchenden. Das Ignorieren oder Kleinreden von Bedenken und Ängsten in der Bevölkerung leistet vielmehr rechtsextremen und fremdenfeindlichen Gruppierungen Vorschub.
  - **Klare rechtliche Regeln und einheitlicher Vollzug beim Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen sowie abgelehnten Bewerbern.** Wer der Bedrohung von Leib und Leben durch politische Verfolgung ausgesetzt ist, verdient unseren Schutz. Wer jedoch kein anerkannter Asylbewerber oder Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) ist beziehungsweise aus humanitären Gründen kein Aufenthaltsrecht bekommt, kann nicht in Deutschland bleiben. Diese Personen sind folglich konsequent abzuschicken. Asylanträge sind in der Regel innerhalb von drei Monaten zu bearbeiten und zu entscheiden. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist personell entsprechend aufzustocken.
  - **Bessere Integration von Ausländern, die dauerhaft oder über einen längeren Zeitraum bei uns leben.** Das gilt beispielsweise für Angebote zum Erwerb der deutschen Sprache, die Gesundheitsbetreuung und Bildung beziehungsweise berufliche Qualifizierung. Integrationsangebote und die Bereitschaft von Ausländern zur Integration sind zwei Seiten einer Medaille. Wir erwarten gleichzeitig, dass bei uns lebende Ausländer unsere Verfassungs- und Rechtsordnung sowie die Grundwerte unserer freiheitlichen Gesellschaft anerkennen und achten. Das Entstehen von religiösen oder ethnischen „Parallelgesellschaften“ ist zu verhindern. Nur so können
-

Akzeptanz, Toleranz und Integrationsbereitschaft aufrechterhalten werden. Asylsuchende und Flüchtlinge erhalten nach einer Karenzzeit eine Arbeitserlaubnis.

- **Einen frühzeitigen Dialog mit der Bevölkerung bei der Einrichtung von Asyl- und Flüchtlingsunterkünften.** Die Unterbringung der massiv steigenden Zahl von Asylsuchenden und Flüchtlingen stellt viele sächsische Städte und Gemeinden sowie die Landkreise vor gewaltige Herausforderungen. Für Akzeptanz und Verständnis bei der Bevölkerung zu werben, erfordert einen frühzeitigen Dialog. Gerade die vermeintliche „Alternativlosigkeit“ mancher Standortentscheidung sorgt für Unverständnis in der Bevölkerung. Wir brauchen daher in Sachsen eine bessere Informationspolitik, einen frühzeitigen Bürgerdialog und eine langfristige Unterbringungsstrategie. Zudem fordern die Freien Demokraten in Sachsen einen Integrationsgipfel mit allen betreffenden Akteuren, um die unterschiedliche Meinung und Interessen zusammen zu führen und konkrete Lösungsvorschläge zu erarbeiten.
- **Dezentrale Unterbringung erhöht die Akzeptanz bei der Bevölkerung und die Chancen auf Integration.** Die Vorbehalte in der Bevölkerung gegen eine Asylbewerberunterkunft sind oft umso größer, je mehr Asylbewerber an einem Ort untergebracht werden. Gleichzeitig wird die Integration erschwert, da die Asylbewerber kaum Kontakt zu der einheimischen Bevölkerung finden. Alle Asylbewerber, die dies wollen, müssen daher dezentral wohnen können. Dies erfordert einen intensiven Dialog mit potentiellen Vermietern ebenso wie die Vereinfachung von Bauvorschriften.
- **Menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden.** Die sächsischen Kommunen müssen dafür eine vollumfängliche finanzielle Unterstützung von Land und Bund erhalten. Dies beinhaltet die Gewährleistung des vorgesehenen sozialen Betreuungsschlüssels von 1 zu 100. Gleichzeitig sind bei der Zusammenführung von Flüchtlingen unterschiedliche kulturelle, religiöse und politische Hintergründe zu berücksichtigen. Fachmännische Beratung kann viele Konflikte schon vor dem eigentlichen Entstehen verhindern.
- **Asylsuchenden muss die Möglichkeit geboten werden, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.** Hierzu zählt die Aufhebung von überzogenen Beschränkungen für die Aufnahme einer bezahlten Arbeit. Außerdem müssen Asylsuchende im Rahmen von Projekten Arbeitsgelegenheiten im öffentlichen Bereich wahrnehmen können.

Deutschland und auch Sachsen sind unabhängig von der Hilfe für Asylsuchende und Flüchtlinge auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Diese muss nach klaren Regeln erfolgen. Nicht jeder, der in unserem Land leben möchte, kann von uns aufgenommen werden. Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen findet nur Akzeptanz, wenn am Ende ein Gewinn für beide steht – für die Einwanderer und für das aufnehmende Land. Dafür braucht es neben klaren Einwanderungsregeln auch umfassenden Integrationsangebote und den Willen für eine erfolgreiche Integration. Daher fordert die sächsische FDP:

- **Schaffung eines modernen Einwanderungsrechts für zuwanderungswillige Personen aus Nicht-EU-Staaten, die in Deutschland leben und arbeiten möchten.** Ein Land kann stolz darauf sein, wenn es attraktiv für Zuwanderer ist. Es hat jedoch auch das Recht, mit klaren Regeln zu bestimmen, wer einwandern darf. Die anhaltende Ignoranz von CDU und CSU, Deutschland als Einwanderungsland anzuerkennen, führt verstärkt zum Versuch der wirtschaftlich motivierten Einwanderung über das Asyl- und Flüchtlingsrecht. Die sächsische FDP spricht sich für ein deutsches Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild aus. Gleichzeitig muss auch auf europäischer Ebene endlich eine einheitliche und tragbare Asylpolitik umgesetzt werden. Hierfür ist die Überarbeitung von Dublin III erforderlich.
-

- **Integration ist eine Aufgabe für Zuwanderungsland und Zuwanderer.** Die erfolgreiche Integration von Zuwanderern in eine Gesellschaft kann nur gelingen, wenn es professionelle Betreuungs- und Integrationsangebote des Staates sowie eine Aufgeschlossenheit der Bevölkerung für Zuwanderung gibt. Gleichzeitig erwarten wir von Einwanderern, dass sie die deutsche Sprache erlernen, die Kultur unseres Landes respektieren und sich um landesübliche Umgangsformen bemühen.
  - **Deutschland muss ein tolerantes Land bleiben, darf aber keine religiöse Intoleranz akzeptieren.** Kulturelle Vielfalt und das Recht zur Ausübung der eigenen Religion sind Grundpfeiler einer freiheitlichen und aufgeklärten Gesellschaft. Klar ist aber auch: Jeder, der in unserem Land lebt, hat sich an Recht und Gesetz sowie gesellschaftliche Grundregeln zu halten. Keine Religion steht über dem Gesetz. Wer beispielsweise die Rechte von Frauen unterdrückt oder zu religiös motivierten Gewalttaten aufruft, muss mit den entsprechenden rechtsstaatlichen Konsequenzen rechnen.
-